

Antrag

der Abgeordneten Sevim Dağdelen, Heike Hänsel, Michel Brandt, Christine Buchholz, Dr. Diether Dehm, Dr. Gregor Gysi, Matthias Höhn, Andrej Hunko, Jan Korte, Zaklin Nastic, Dr. Alexander S. Neu, Tobias Pflüger, Eva-Maria Schreiber, Helin Evrim Sommer, Alexander Ulrich, Kathrin Vogler und der Fraktion DIE LINKE.

Bundeswehr sofort aus Mali abziehen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag

macht von seinem Rückholrecht nach § 8 des Parlamentsbeteiligungsgesetzes Gebrauch und widerruft die Zustimmung zur Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Militärmission der Europäischen Union als Beitrag zur Ausbildung der malischen Streitkräfte (EUTM Mali, Drucksache 19/28804) sowie die Zustimmung zur Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Multidimensionalen Integrierten Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali (MINUSMA, Drucksache 19/28803).

II. Der Deutsche Bundestag stellt fest,

1. dass mit dem erzwungenen Rücktritt des bisherigen Interimspräsidenten Bah N'Daw und des Premierministers Moctar Ouane infolge eines Militärputschs am 24.5.2021, nachdem bereits der Rücktritt der Regierung Ibrahim Boubacar Keitas infolge des Militärputschs in Mali am 18.8.2020 erzwungen worden war, mindestens bis Februar 2022 eine Regierung unter Beteiligung des Militärs bestehen wird und damit die Grundlagen für die militärische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und Mali im Rahmen der Ausbildungsmission EUTM Mali nicht mehr gegeben sind;
2. dass sich die Rahmenbedingungen für die Erreichung der Einsatzziele der UN-Mission MINUSMA grundlegend verändert haben und nicht mehr denjenigen entsprechen, die der Entscheidung des Bundestages über die Mandatsverlängerung am 19.5.2021 zugrunde lagen, und
3. dass die internationale Militärpräsenz in Mali nicht dazu beigetragen hat, den Menschen dort Frieden, Demokratie und Entwicklung zu bringen. Gewaltkonflikte um Ressourcen und Angriffe islamistischer Terrorgruppen und anderer bewaffneter Milizen wurden nicht eingedämmt. In großen Teilen des Landes herrscht Unsicherheit. Anschläge und Gefechte sind an der Tagesordnung, zunehmend auch in den Nachbarländern Niger und Burkina Faso. Auch die staatlichen

Sicherheitskräfte sind für Menschenrechtsverletzungen verantwortlich. Seit Ende 2019 wurden über 600 Menschen von den Sicherheitskräften in Burkina Faso, Mali und Niger nach Angaben internationaler Menschenrechtsorganisationen umgebracht. Missstände wie Korruption und Staatsversagen wurden durch die Militärinterventionen verlängert und damit gesellschaftliche Konflikte zusätzlich angeheizt.

III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. umgehend die operative Beteiligung der Bundeswehr an den Missionen zu beenden und mit dem Abzug der deutschen Soldatinnen und Soldaten aus Mali unverzüglich zu beginnen;
2. sich in der Europäischen Union (EU) für die Beendigung der Mission EUTM Mali einzusetzen und
3. sich im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen für die Beendigung der Mission MINUSMA einzusetzen;
4. Maßnahmen der „Ertüchtigungsinitiative“ für Mali einzustellen.

Berlin, den 8. Juni 2021

Amira Mohamed Ali, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion